



# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 9. 31. Jahrg.

1. März 1918.

## ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementpreise: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3873.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßerstr. 86-88 III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Peitzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten.

**Inhalt:** Hauptteil: Zur Urabstimmung. II. Rundschau. Noch fehlt die Einheit! Kapital und Arbeit. - Allgemeines: Gegen die Teuerung: Hamburg, Karlsruhe, Mannheim. - Die photomech. Fächer: Ortsberichte: Leipzig, Chemigraphen. - Graphische Technik: Selbstbereitete Gefäße. - Feuilleton: Frauenüberschuß und Ehetragödien. - Kassenbericht vom III. Quartal 1917.

### Zur Urabstimmung. II.

Wie in dem ersten Aufsatz, möchten wir uns auch heute wieder in der Hauptsache mit den Motiven beschäftigen, die für die Kriegsarbeit des Vorstandes richtunggebend gewesen sind. Eine alle Einzelfragen behandelnde Abhandlung wird den Mitgliedern noch besonders zugehen, aus der sie ersehen, daß für diese Urabstimmung der Hauptvorstand Untersuchungen und Berechnungen angestellt hat, die auch den unscheinbarsten Fall in Erwägung gezogen haben. Um es noch einmal kurz zu sagen: beim Kriegsbeginn hat uns die Opferwilligkeit der deutschen Gewerkschaften aus einer verzweifelten Situation gerettet. Doch eine solche Hilfe können und wollen wir nicht noch einmal in Anspruch nehmen. Der Krieg hat so lange gedauert, daß wir Zeit genug gehabt haben, uns auf die zweite, uns sicher bevorstehende Krise genügend vorzubereiten. Und eine solche zweite, wenn auch weniger furchtbare Krise, als beim Kriegsbeginn, erwarten alle Volkswirtschaftler und alle Gewerkschaften für die Zeit nach dem Abschluß des Friedens.

Dann wird es nicht, wie sonst bei Arbeitslosenperioden, an Aufträgen in den Fabriken fehlen, aber durch den Zurückstrom der eingezogenen Kollegen, wird zeitweise ein erhebliches Überangebot von Arbeitskräften zu verzeichnen sein. Möglich, daß ein großer Teil der eingezogenen Kollegen sofort wieder in Arbeit treten kann, daß die Unternehmer, soweit ihre Betriebe darauf vorbereitet sind, ihr Versprechen durchführen, die eingezogenen Gehilfen wieder an ihren alten Arbeitsplatz zu stellen. Das wird in vielen Fällen aber nur dadurch möglich sein, daß die jetzt dort tätigen Kollegen ihren Platz den Zurückkehrenden räumen müssen. So haben alle unsere Kollegen, ob feldgrau oder zivil, an einer gesicherten Verbands-Arbeitslosenunterstützung für diese Übergangszeit das größte Interesse.

Wir hören schon immer dazwischen die unruhige Frage: warum wollt ihr aber nur diese gewerkschaftlichen Unterstützungen einführen? Warum nicht die anderen statistischen Unterstützungen ebenfalls? Darauf geben wir nur eine kurze aber ehrliche Antwort: weil wir nicht können! - Wie weit wir hier in diesen allgemeinen Unterstützungs-zweigen heute unter Berechnungsfehlern leiden, die nicht wir sondern der alte Senefelder-bundsvorstand gemacht hat, wird hoffentlich bald möglich sein, den Kollegen in eingehender Beweisführung darzustellen. Wir erinnern aber hier noch einmal daran, daß bei Ausbruch des Krieges sämtliche gesetzlichen Kassen

gezwungen waren, ihre Unterstützungssätze weitgehend herabzusetzen, und dazu die Beiträge zu erhöhen, trotzdem sie, wiederum durch gesetzlichen Zwang, im Frieden Reservefonds aufspeichern mußten, an deren Aufspeicherung wir natürlich nur mit einem Beitrag hätten denken können, der den bisherigen um ungefähr das doppelte übersteigt.

So ist für Krankenunterstützung vorläufig an eine Erhöhung nicht zu denken. Hauptsächlich aber auch deshalb nicht, weil wir unter den jetzigen Verhältnissen, mit dieser Krankenunterstützung für Kriegsfolgen aufkommen müßten. Je mehr der letzte Gesunde aus den Reihen der Kollegen zum Heeresdienst ausgehoben wurde, je schwieriger die Lebensmittelverhältnisse wurden, je ungünstiger mußte naturgemäß der Krankenstand werden. In allen Kranken- und Unterstützungskassen ist der Krankenstand von Quartal zu Quartal besorgniserregend gewachsen. An einer Änderung dieser ungünstigen Verhältnisse ist vor der Hand noch lange nicht zu denken. Durch Verordnung ist jedem vom Militär entlassenen Krieger das Recht gegeben, sich innerhalb 6 Wochen einer Krankenkasse mit vollen Anrechten wieder anschließen zu können. Weder ärztliche Untersuchung noch neue Karenzzeit ist dafür erforderlich. Die Krankenkassen sichern sich gegen diese außerordentliche neue Belastung durch recht fühlbare Beitragserhöhungen. Nun wirkt jede Belastung der Krankenkassen rein automatisch, zahlenmäßig auch auf unseren Verband zurück. Ohne einen Pfennig mehr an den Einzelnen zu leisten, werden die Ausgaben sich erheblich steigern, wie sie sich übrigens schon jetzt von Quartal zu Quartal gesteigert haben. Darum müssen wir uns einstweilen mit der rein gewerkschaftlichen Unterstützung abfinden, die wir aber für diese Übergangszeit auch am notwendigsten brauchen, und darum für am wichtigsten halten.

Wohl rechnen wir auf das Bestimmteste, daß es uns möglich sein wird, die Arbeitslosenunterstützung durch Staat und Gemeinde für diese Zeit besser durchgeführt zu sehen, als es beim Kriegsbeginn der Fall war. Damit aber allein darf es nicht getan sein. Es gibt keine Unterstützungsart, die in dieser Zeit dringender nötig wäre, als unsere Verbands-Arbeitslosenunterstützung. Denn wenn die Gehilfen dieser zweiten Krise mit gewisser Bangigkeit entgegensehen, so dürfen wir uns doch nicht darüber täuschen, wie sehnsüchtig und mit welchen gewissen arbeiterfeindlichen Hoffnungen von unseren wirtschaftlichen Gegnern auf diese Periode gewartet wird. Sie soll ihnen die Grundlage geben, um möglichst mit einem kurzen Ruck wieder von den ihrer Meinung nach hohen Löhnen befreit zu werden. Auf diesen von uns schon häufig mit Beweisen belegten Bestrebungen der Unternehmer, werden sich viele Differenzen entwickeln. Wir sagen absichtlich Differenzen, weil wir die Kraft der uns gegenüberstehenden Unternehmervereinigungen durchaus nicht überschätzen. Aus den von uns schon im ersten Artikel angeführten Gründen, die eben nicht nur unseren

Verband sondern das ganze Gewerbe beeinflussen, wird man auch auf jener Seite kaum die moralische Festigkeit und die materielle Macht haben, es zu schweren Kämpfen kommen zu lassen. Um so sicherer müssen wir mit einem Kleinkrieg rechnen, der jeden einzelnen Berufsangehörigen in seinen Bann zieht, um der nicht minder mit zäher Erbitterung ausgeführt werden wird.

Aber wir wollen uns ja nicht nur gegen Angriffe zur Wehr setzen. Selbst wenn die Preise der notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel mit Beendigung des Krieges nennenswert sinken sollten, was wir heute noch nicht glauben können, dann setzt doch bei jedem von uns das selbstverständliche Bedürfnis ein, endlich einmal die schon vier Jahre hindurch zurückgestellten Ergänzungen und Neuanschaffungen von Wirtschaftsartikeln, Kleidungsstücken und dergleichen mehr vornehmen zu können. Man redet so viel von den Sparkasseneinlagen des Volkes, von dem Geldstrom, der sich aus der Arbeiterschaft in die Sparkassen ergießt. Was ist dieser angeblühte Überfluß weiter, als das zurückgelegte Geld für die dringend notwendigsten Bedarfsartikel, die wir uns sonst regelmäßig angeschafft haben, die es jetzt aber einfach nicht mehr gibt. Haben wir denn ein Recht, von einer guten Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu reden, wenn tausende und abertausende nicht wissen, wie sie sich gegen den Wind und Wetter und Kälte schützen sollen? Nein, zerissene Stiefel, völlig ungenügende Wäsche, ein abgetragener Anzug für Sonn- und Wochentag, und dazu vier jahrelang in der Wirtschaft kein Stück ersetzt oder neuangeschafft, daß alles sind keine äußeren Zeichen vom Wohlstand der Arbeiterschaft. Laßt alle diese Gebrauchsartikel wieder zu kaufen sein, und wir werden mit Staunen gewahr werden, wie diese Reichtümer der Arbeiterschaft an Sparkasseneinlagen zusammenschmelzen, wie Schnee an der Sonne. Der Reichtum an Papiergeld beweist in Wahrheit nur unsere Armut an den allernotwendigsten Gebrauchsartikeln. Es ist Geld, das wir nicht ausgeben konnten, weil nichts zu kaufen da war.

Und angesichts dieser dringend notwendigen Anschaffungen, auf die wir mit der ganzen Sehnsucht eines Menschen warten, der sich in dieser äußeren Ver lumpung nicht wohl fühlt, dazu mit der bestimmten Aussicht, daß an ein nennenswertes Fallen der Lebensmittelpreise noch auf Jahre hinaus nicht zu denken ist, da wollten wir stillschweigend den Kampfvorbereitungen der Unternehmer zusehen? Ohne Widerstand sollten wir uns die dauernde Herabdrückung unserer Lebenshaltung gefallen lassen, nachdem die Arbeiterschaft fast vier Jahre Opfer über Opfer gebracht hat?

Sämtliche Tarife, die in unserem Gewerbe vorhanden sind, werden in nicht allzu ferner Zeit zu erneuern sein. Von der Stärke des Verbandes, von seiner Macht und seinen Mitteln wird es abhängen, ob wir in der Lage sein werden, die darin enthaltenen ungünstigen Bestimmungen auszumerken, oder

darin befindliche günstige Bestimmungen zu erhalten. So sind unsere Chemigraphen, Lithodrucker, Formstecher und unsere Lithographen und Steindrucker, die unter tariflichen Verhältnissen arbeiten, gleichermaßen an der Kräftigung und dem Wiederaufbau des Verbandes interessiert. Darüber hinaus haben wir wohl alle den lebhaftesten Wunsch, daß endlich einmal einer so hochqualifizierten Arbeiterschaft, wie es die Lithographen und Steindrucker sind, die infamierende Behandlung, wie sie bisher seitens des Schutzverbandes beliebt wurde, nicht mehr zu Teil wird. Es gibt unter ihnen sicher eine große Zahl, die an Intelligenz und Allgemeinbildung manchen Steindruckunternehmer um das vielfache überragen. Hier muß unbedingt ein Wandel eintreten.

An diesem Wandel haben aber auch alle die anderen Kollegen ein lebhaftes Interesse, die heute schon unter tariflichen Verhältnissen arbeiten. Denn es ist dieselbe Schutzverbandsweltenerde, aus der nur zu häufig die Störungen in die friedlichen Vertragsverhältnisse der anderen Berufsgruppen kommen. Zu der Überzahl der früheren Beweise hat uns die letzte wilde Streikbewegung einen neuen Beweis gegeben. Ehe diese sozialen Kriegshetzer nicht zur Bedeutungslosigkeit verdammt werden, eher wird das ganze graphische Gewerbe nicht zum so dringend benötigten gewerblichen Frieden kommen.

An diese Dinge wollen wir denken, wenn wir die zur Urabstimmung vom Verband veranstalteten Versammlungen besuchen. Wir brauchen in erster Linie die volle Wiedereinführung der gewerkschaftlichen Unterstützungen: der Reise-, Arbeitslosen- und der Umzugsunterstützung. Auch das volle Sterbegeld wird mit dem ersten Juli 1918 wieder gezahlt werden können, wenn die Kollegen die mäßige Beitragserhöhung, die der Verbandsvorstand in Vorschlag bringt, zur Annahme bringen.

Wer also den Verband stärken will für gewerkschaftliche Aufgaben, wer mit uns der Auffassung ist, daß die außerordentlich vorsichtige Politik des Hauptvorstandes in der Kriegszeit richtig war, wer mit uns der Meinung ist, daß die Fürsorge für die Opfer, die der Wiederbeginn der Friedensarbeit mit sich bringen muß, einstweilen unsere wichtigste Aufgabe ist, der wird die Bestrebungen des Hauptvorstandes unterstützen. Wer den Verband stärken will, daß er wie ehemals ein Schutzwall gegen Unterdrückungs- und Verschlechterungsbestrebungen der Unternehmer werden soll, der beantworte die vom Vorstand gestellte Frage mit einem entschlossenen:

Ja!

## Rundschau.

**Lohn- und Teuerungszulagen:** In Bielefeld hat nach stattgefundenen Verhandlungen die Firma E. Gundlach A.-G. wieder eine Lohnzulage bewilligt. Und zwar erhielten 5 Umdrucker, 1 Maschinenmeister und 1 Lithograph je 2 Mk. pro Woche, 1 Lithograph 4 Mk. und 1 Umdrucker 6 Mk. Zulage pro Woche. — In Elberfeld hat die Firma Schulz & Wehrmann ihren 4 Steindruckern eine wöchentliche Zulage von je 2 Mk. bewilligt. — Dem Bericht über die in Lübeck stattgefundenen Lohnbewegung (s. »Gr. Pr.« Nr. 5) ist nachzutragen, daß auch die Firma Nordische Kunstanstalt an 2 Kollegen pro Woche je 5 Mk. weitere Zulage bewilligt hat. — In Posen gewährte die Firma F. H. Ziolkowski ihren sämtlichen Angestellten zu Weihnachten eine Gratifikation in der Höhe eines vollen Wochenlohnes. Ab 1. Januar 1918 bewilligte sie ferner an 2 Steindrucker je 10 Pro. Zulage. Der Lohn unserer Kollegen beträgt damit jetzt 57,50 Mk. — In Würzburg hat die Firma H. Stürtz A.-G. weitere Lohnzulagen gewährt und zwar erhielten 3 Kollegen 1 Mk., 1 Kollege 2 Mk. und 2 Kollegen je 3 Mk. —

Ein Brief aus dem Felde gab uns wieder einmal einen dankenswerten Einblick in die Seele der Kollegen, die Kriegsdienst tun müssen. Trotz aller Schwierigkeiten und Strapazen sind sie mit Herz und Gedanken in der Heimat. Wie sie dabei an ihre gewerkschaftlichen Pflichten denken, könnte manchen zu Haus arbeitenden Kollegen beschämen. Der Brief lautet:

»Lieber Kollege C.! Gestern erhielt ich zu meiner Freude fünf Nummern der »Graphischen Presse«.

Es weht jedesmal ein bischen alte Heimatluft mit heraus. Am schlimmsten ist es für mich jungen Menschen, der Arbeit fernzustehen, mit zuzusehen, wie die Daheimgebliebenen die Interessen des Verbandes mit vertreten können und selbst die errungenen Vorteile mit genießen soll, ohne die lange Zeit meinen Beitrag entrichtet zu haben. Darum frage ich jetzt an, ob ich meine Beiträge nicht weiter zahlen kann. Ich bin jung und ledig und kann somit die paar Pfennige Beitrag entrichten. Es tut mir unsagbar leid, nicht schon früher daran gedacht zu haben. Deuten Sie bitte mein Vorhaben nicht falsch und geben Sie mir recht bald Nachricht. Bis dahin grüßt Kollege W. M.«

Eine solche Beitragsleistung im Felde befähigter Kollegen geht natürlich nicht an. Um so dankbarer nehmen wir Kenntnis von dem Opferwillen, der aus diesen Zeilen spricht.

**Einheitliche Organisation der Arbeiterausschüsse.** Nach Erlaß des Hilfsdienstgesetzes, das unter anderem für die Betriebe mit 50 und mehr Arbeitern und Angestellten die obligatorische Einführung von Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen vorsieht, erschien eine preussische Ausführungsverordnung, die recht einschneidende Vorschriften auch über die innere Organisation der Arbeiterausschüsse traf. So war darin festgelegt, daß der Arbeitgeber immer den Vorsitz im Arbeiterausschuß führen sollte. Hiergegen wandte sich der Reichstagsausschuß für den vaterländischen Hilfsdienst, der beschloß, daß solche Vorschriften außerhalb der Zuständigkeit der Landeszentralbehörden lägen. Der Reichskanzler wurde aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß solche mit dem Gesetz in Widerspruch stehende Verordnungen aufgehoben und durch eine der Zustimmung des Reichstagsausschusses unterliegende Bundesratsverordnung ersetzt würden.

Daraufhin ist dem Reichstagsausschuß auch eine Verordnung zur Ausführung des § 11 des Hilfsdienstgesetzes zur Beratung vorgelegt worden. Der Ausschuß nahm viele Verbesserungen des Entwurfs vor. Aufgenommen wurde insbesondere auch eine Bestimmung, nach der die Mitglieder des Arbeiterausschusses aus ihrer Mitte einen Obmann wählen, der Vorbesprechungen des Ausschusses zu leiten hat. Diese Vorverhandlungen können auch während der Arbeitszeit stattfinden. Kommt ein Betriebsunternehmer seiner Pflicht zur Errichtung eines Arbeiterausschusses nicht nach, so können gegen ihn Zwangsstrafen verhängt werden; auch kann die zuständige Landesbehörde die Wahlen selbst anordnen. Es steht zu erwarten, daß eine für das ganze Reich gültige Verordnung in dieser Form bald erscheint G. D.

**Geschäftsergebnisse:** Die Fabrik für Blechballagen O. F. Schaefer Nachf. Akt.-Ges. weist für 1916/17 nach Abschreibungen von 33084 Mk. (1915/16: 43389) einen Überschuß von 214685 Mk. (1914/15: 200000) aus. Daraus wird wieder eine Dividende von 10 p.Cf. gleich 100000 Mk. vorgeschlagen und der Vortrag auf neue Rechnung von 76182 Mk. auf 95985 Mk. erhöht. Der verhältnismäßig hohe Vortrag wird von der Verwaltung damit begründet, daß sie sich für den Übergang zur Friedenswirtschaft eine genügende Reserve schaffen will. Für die nächsten Monate sei die Gesellschaft mit Aufträgen gut versehen. In der Bilanz erscheinen unter anderem Bankguthaben mit 185176 Mk. (154924), Effekten mit 526935 Mk. (501325) und Debitoren mit 125685 Mk. (175823). Kreditoren haben 15176 Mk. (wie i. V.) zu fordern.

## Aus dem Auslande.

**Die Kohlenbergwerke in Flandern.** In dem bisher gänzlich industriearmen Flandern sind im südlichsten Teile der Provinz Limburg kurz vor dem Krieg und während seiner Dauer mächtige Lager besser Industriekohle entdeckt worden. Der belgische Staat hatte bereits eine Anzahl Kohlenbergkonzessionen in diesem Kempener Land (La Campine) vergeben, doch war bisher noch keine größere Bergwerksanlage errichtet worden. Durch Verordnung des Generalgouverneurs von Belgien sind jetzt die Kohlenkonzessionen wieder eingezogen worden, soweit sie Angehörigen der Entente-Staaten verliehen waren. 10760 Hektar Kohlenlager kehren dadurch in den Besitz des belgischen Staates zurück, und wenn das selbständige Flandern entsteht, hat es dadurch von vornherein ein ungeheuer wichtiges Vermögensstück. An der Erschließung der Kohlengruben im Kempenland sollen auch die großen flandrischen Städte wie Antwerpen, Gent und Brüssel beteiligt werden.

Es ist sehr anerkennenswert, daß die deutsche Regierung die Bodenschätze Flanderns für Flandern sichert. Wer aber sichert Deutschlands Bodenschätze für das deutsche Volk? Denn bei uns sind leider unermeßliche Bodenschätze allein der Ausbeutung Privater überlassen.

**Der ungeheure Einfluß des organisierten Kapitals.** Vor einigen Jahren veröffentlichte die »L'Humanité« ein Verzeichnis derjenigen Parlamentarier, die an großen Finanz- und Industrieunternehmen beteiligt sind oder im Solde solcher Unternehmen stehen. Aus der zirka 200 Namen umfassende Liste greife ich nur ein paar heraus. Der jetzige Präsident Poincaré und der ehemalige Kriegsminister Millerand waren die

juristischen Beiräte eines großen Getreidesyndikats, durch dessen Spekulationen seinerzeit — im Jahre 1912 — eine Brotverteuerung im Lande eintrat. Delcassé war Verwaltungsmittglied der berühmten Rüstungsindustriewerke, Rouvier stand an der Spitze einer der Banken, die dem vorerwähnten Syndikat angehörten usw. Der ungeheure Einfluß des organisierten Kapitals auf die Politik der französischen Republik ist unbestreitbar und Gugrand, ein überzeugter Anhänger der Demokratie, konstatiert betäubt in seinem »Le Procès de la Démocratie« (Revue de Métaphysique et de Morale, März 1910): »Die Finanzisten — das ist die ungeheure Macht, die insgeheim aber unbeschränkt unser Land leitet und im Schatten der Börse die Fäden lenkt, die die gesetzgebenden Kammern die Gesandtschaften und Redaktionsräume in Bewegung bringen«. — Glücklicherweise kommt so etwas bei uns nicht vor! — —?

## Noch fehlt die Einheit!

Wo fehlt die Einheit? Nicht bei den Unternehmern, die, solange es Arbeitgeberverbände gibt, stets nach einheitlichen Prinzipien in ihren Organisationen gestrebt, stets den geschlossenen Kampf gegen die Arbeiterorganisationen geführt haben. Diese Einheit fehlt gerade dort, wo sie am dringendsten wäre: bei den Arbeitern. Während die Unternehmer sich zu einheitlichen mächtigen Organisationen verschmolzen haben, lediglich zu dem Zweck, die Arbeiterklasse an ihrem kulturellen Aufstieg zu hindern, sind die Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die Angestellten in den verschiedensten Organisationsrichtungen zersplittert und somit gehindert, jene Macht zu entfalten, die ihnen einen vollen Erfolg ihrer Bestrebungen verbürgen würde. Gerade in dem Bestehen der verschiedensten Organisationsrichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung zeigt es sich, daß die Unternehmerklasse ein viel ausgeprägteres Klassenbewußtsein hat, wie die Arbeiterklasse.

Die Unternehmer wissen es ganz genau, daß ihre Organisationen zur teilweisen Machtlosigkeit verurteilt wären, wenn sie sich ähnlich wie die Arbeiter nach religiösen und politischen Bekenntnissen zusammenschließen. Die Zentralisation und Einheit ihrer Organisation ohne Rücksicht auf die politische und religiöse Denkart ihrer Mitglieder ist die Grundlage ihrer Macht. Was hindert die Arbeiterklasse daran, es den Unternehmern gleich zuzutun? Nichts. Wer heute immer noch die abgestandene Mähr benutzt, daß er sich deshalb der freien Gewerkschaftsbewegung nicht anschließen könne, weil diese auf ihre Mitglieder einen religiösen und politischen Gewissenszwang auszuüben suche, hat entweder das wahre Wesen derselben noch nicht erkannt, oder aber er benutzt solche Argumente nur als Vorspann für andere Motive. In Wirklichkeit bildet die freie Gewerkschaftsbewegung nur den einzig folgerichtigen Gegenpol der Unternehmerverbände.

Letztere haben allerdings ein lebhaftes Interesse daran, daß heute die Arbeiterklasse noch in den verschiedensten Organisationen gespalten ist. Die Unternehmer tun sogar ihr Möglichstes, unternehmerfromme Arbeitervereine ins Leben zu rufen und dieselben mit erheblichen Mitteln zu fördern. Ein Beispiel bietet sich uns in der Bewegung der »Gelben« oder wie sie sich selbst nennen, Deutschen Werkvereine.

Letztere scheiden schon aus dem Grunde als Arbeiterorganisation in dem von uns verstandenen Sinne aus, weil sie ihr Entstehen und ihr Sein der Gunst und dem ureigensten Unternehmerinteresse verdanken. Die von den Gelben gepredigte Harmonie zwischen Arbeitern und Unternehmern wird täglich von ihren eigenen Strategen so unzweideutig ad absurdum geführt, daß wir wirklich nicht nötig haben, noch besonders darauf einzugehen. Worauf es lediglich ankommt ist, die Arbeiterklasse immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß es in ihrem ureigensten Interesse selbst liegt, die Zentralisation der Gewerkschaftsbewegung in der umfassendsten Form anzustreben.

Dieser zentralisierten einheitlichen Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter hat kein geringerer als August Bebel das Wort geredet, der am Schluß seines im Mai 1900 gehaltenen Vortrages: »Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien« betont:

»Wiegegenüber den zentralisierenden Tendenzen des Kapitalismus die Zentralisation in der Organisation der Arbeiterklasse zur Notwendigkeit wird, so gegenüber der zentralisierten Faktorganisation der Unternehmer die zentralisierte einheitliche Gewerkschaft der Arbeiter.

Die Frage müssen sich die Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaften täglich auf neue stellen: warum man ihnen zumutet, sich in freie, liberale, katholische, protestantische und unternehmerfromme Gewerkschaften zu organisieren, wühnigen die Unternehmer selbst, alle diese Unterscheidungen bei Seite setzend, sich als geschlossene Unternehmerorganisation gegenüber den gespaltenen Gewerkschaftsorganisationen zusammenzutun? ... Das mangelnde Klasseninteresse und Klassenbe-

wußtsein, die Unwissenheit und Beschränktheit eines großen Teiles der Arbeiter ermöglicht falschen Freunden, sie an der Nase zu führen und sie zum Gaudium ihrer natürlichen Gegner zu spielen. — Wer Ohren hat zu hören, der höre!

»Vorwärts«.

**Kapital und Arbeit.**

Dem »Grundstein« entnehmen wir folgende lesenswerte Betrachtung:

»Zu einer recht erfreulichen Einschätzung des Wertes der Arbeit kommt in ihrer letzten Nummer vom vergangenen Jahre die »Deutsche Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe«. Sie untersucht in einem Artikel unter der Überschrift »Die Arbeit als Hauptfaktor unseres Wirtschaftslebens im Kriege und während der Übergangszeit« die Bedeutung der Arbeit früher, jetzt und in nächster Zukunft. »Kapital und Arbeit«, schreibt sie, »sind die hervorragendsten Faktoren unseres Wirtschaftslebens. Nicht immer jedoch war das Verhältnis zwischen diesen beiden Hauptquellen volkswirtschaftlicher Produktivität ein gleichgertetes. Während in früheren Jahrhunderten der Arbeit, und zwar der menschlichen Arbeit, der weitaus überwiegende Anteil an jeder produktiven Tätigkeit zukam, wurde dieser, vor allem im Laufe des letzten Jahrhunderts, durch die stetig fortschreitende Materialisierung unserer Volkswirtschaft zurückgedrängt, was in der immer umlangreicheren und stetig verbesserten Nutzbarmachung mechanischer Arbeitsquellen und -kräfte, Wasser, Dampf, Elektrizität an Stelle menschlicher Kraft seine Erklärung findet. Mit andern Worten: die Bedeutung der Arbeit als Wirtschaftsfaktor nahm fortwährend ab, während der wirtschaftliche Einfluß des andern Faktors, des Kapitals, soweit stieg, daß man von einer kapitalistischen Ordnung unseres Wirtschaftslebens sprechen konnte.« Die Frage sei nun, ob sich dieses Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit während des Krieges und infolge der kriegswirtschaftlichen Ereignisse nach der einen oder anderen Seite hin verschoben und wie sich voraussichtlich dieses Verhältnis nach dem Kriege, insonderheit unter dem Einfluß der Übergangswirtschaft gestalten werde. Das Blatt schildert dann die unerhörte Steigerung der Arbeitsintensität des deutschen Volkes während des Krieges und kommt zu folgendem Schlusse: »Unter den geschilderten Verhältnissen erscheint das Kapital gegenüber der Arbeit nur als Faktor zweiter Ordnung; es gewinnt erst die rechte und einzige Bedeutung, insofern es der Arbeit dient, Arbeitskräfte leistungsfähig erhält, solche zu neuer Betätigung frei macht und in ihrer Entwicklung fördert.« Das ist eine durchaus richtige Einschätzung des Wertes der Arbeit, nur sind wir der Meinung, daß der Wert der Arbeit auch schon vor dem Kriege so eingeschätzt werden mußte. Denn das Kapital an sich ist tot und kann aus sich allein keine Werte schaffen, diese Fähigkeit erhält es — und erhielt es immer — erst in Verbindung mit der lebendigen Arbeitskraft, diese im weitesten Sinne des Wortes genommen. Wir haben nun bloß noch den Wunsch, daß die Kapitalisten aus der Einsicht der »Arbeitgeberzeitung« die nötigen Schlußfolgerungen ziehen möchten, aus der Einsicht nämlich, daß das Kapital seine Bedeutung nur dadurch gewinnt, daß es der Arbeit dient, Arbeitskräfte leistungsfähig erhält, solche zu neuer Betätigung frei macht und in ihrer Entwicklung fördert. Den Wunsch, aber nicht die Hoffnung.

**Allgemeines.**  
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

**Gegen die Teuerung.**

Harburg.

Am 11. November 1917 wandten wir uns zunächst an den hiesigen Prinzipal-Verein »Senefelder« mit dem Ersuchen, um Gewährung von weiteren wöchentlichen Teuerungszulagen, von 9,50 Mk. für verheiratete und 8 Mk. für ledige Gehilfen, zahlbar ab 1. Dezember 1917. Nachdem der Prinzipal-Verein in einer Versammlung diese Teuerungszulagen, durch die Kriegszustände, als gerechtfertigt und begründet anerkannte, unterbreiteten wir sämtlichen Firmen unseres Berufes obige Forderung mit eingehender Begründung. Heute können wir sagen, daß die Teuerungszulagen in dieser Höhe bewilligt und seit dem 1. Dezember 1917 fast ausnahmslos bezahlt werden, dazu ferner ein Aufschlag von 75 Proz. auf Überstunden. Inbetracht kommen 65 Kollegen in 27 Firmen.

Karlsruhe.

Seit dem Dezember 1917 zahlt die Firma Müller, Hofbuchdruckerei, zu den früher schon angegebenen Teuerungszulagen an einen Lithographen 9,50 Mk., einen Lithographen 7 Mk., einen Steindruckern 9 Mk. wöchentlich. — Ebenfalls seit Dezember vorigen Jahres hat die Firma Kunstdruckerei Künstlerbund an ihr ganzes Personal, ohne zutun der Arbeiter, zu den schon früher berichteten Kriegsbeihilfen

folgende Zulagen gewährt: 2 Lithographen je 5 Mk., einem Maschinenmeister 5,60 Mk. und einem Maschinenmeister 5 Mk., einem Umdrucker 5 Mk. und einem Umdrucker 3 Mk. wöchentlich. Auch die Firma Braun & Co. hat 2 Maschinenmeister je 4 Mk. und 2 Lithographen 5 Mk. und 4 Mk. wöchentlich zugelegt. Somit sind in den größeren Firmen am Platze Löhne unter 50 Mk. wöchentlich nicht mehr zu treffen und stehen nur noch ältere Kollegen, die schon Jahre in kleineren Firmen beschäftigt sind, ein wenig unter diesem Satz. So erfreulich diese Erfolge auch sind, den wirklichen Teuerungszuständen entsprechen doch diese Löhne in keiner Weise. Das sei besonders den zureisenden Kollegen gesagt, die schwere Enttäuschung erleben würden, wenn sie nicht vorsorglich auf ausreichenden Lohn sehen wollten.

Mannheim.

Durch die noch immer unaufhaltsam wachsende Preissteigerung aller Lebens- und Bedarfsartikel veranlaßt, unternahm die hiesige Verwaltung Schritte zur Erreichung einer Teuerungs- bzw. Lohnzulage, welche den Kollegen den jetzigen schweren Kampf ums Dasein etwas erleichtern sollte. Das mit und ohne Verhandlungen erzielte Ergebnis ist folgendes:

Die Firma Julius Jahl zahlt nach stattgefundener Verhandlung mit der bisher freiwillig gezahlten Kriegszulage den Gehilfen einen Aufschlag von 32 Proz., wobei gleichzeitig dem Hilfspersonal die wöchentliche Teuerungszulage von 5 Mk. auf 7 Mk. erhöht wurde; dabei gewährte Herr Jahl den verhandelnden Gehilfen Einblick in die von ihm für das Personal geschaffenen Stiftungen. Die Firma T. Jäger hat ihren Gehilfen den Lohn von 62 Mk. auf 68,20 Mk., also um 10 Proz. erhöht, leider erst nachdem unsere Haltung der Firma gegenüber schon etwas bestimmter wurde. Nachdem wir bei der Firma Ch. Seitz längere Zeit unsere Geduld probten, entschloß auch sie sich, die Gehälter gegen die Friedenslöhne um zirka 50 Proz. zu erhöhen, wobei auch 3 unorganisierte Kollegen in den Genuß der Erfolge unserer Bewegungen kamen. Ob sich dieselben dadurch veranlaßt fühlen werden, wieder in unsere Reihen zurückzukehren? Als wir der Firma Bartsch, welche sich bisher, wie immer, ablehnend verhielt, andeuteten, daß wir nun weitere Maßnahmen treffen wollten, ließ sich dieselbe endlich zu Verhandlungen herbei. Nun beträgt auch hier die Zulage mit vorangegangenen Aufbesserungen 30 Proz. Die Kollegen in der Rhein Weiß & Hamer in Ludwigshafen und J. Rheinberger, Bad Dürkheim erhalten die Buchdrucker Teuerungszulage, welche ab 26. November 1917 bezahlt wird und die unser Forderung noch übertreffen. Ferner erhalten 4 Kollegen in der Hausdruckerei eines großen Werkes hier die dort eingeführten allgemeinen Lohnzulagen, welche auch unsere Forderungen wesentlich übersteigen. Die Firma Blechballfabrik H. Brauch in Hassloch teilte uns auf unser erstes Schreiben gleich mit, daß während des Krieges die Steindruckerei in ihrem Betriebe stillgelegt sei und sie ihre Arbeiter den Verhältnissen entsprechend entlohne. Mit einer solchen Antwort konnten wir uns allerdings nicht zufrieden geben. Es gelang uns vielmehr, dem Kollegen eine andere Stellung zuzuweisen, wo er einen zeitgemäßen Lohn bezieht.

Allerdings sind nun unsere Kollegen durch die Zulagen von 10-50 Proz. nicht aller Sorgen enthoben, denn dafür sorgen schon unsere »deutschen Engländer«; aber die Kollegen haben wenigstens wieder einmal erfahren, daß durch geschlossenes, einheitliches Vorgehen auch in den schwierigsten Fällen etwas zu erreichen ist. Wenn auch manchen Kollegen, trotz unserem starken Rückgrat — unserer Organisation — der Mut fehlt, für gerechte Forderungen einzutreten, so haben wir doch diesmal wieder gesehen, daß im allgemeinen unsere Kollegen trotz aller Drohungen sich nicht irren machen ließen, und an den aufgestellten Forderungen festhielten. B., Ludwigshafen.

**Die photomech. Fächer.**

**Ortsberichte.**

Leipzig, Chemigraphen. Am 8. Februar beschäftigte sich unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: I. Jahresbericht, II. Bericht des Arbeitsnachweisverwalters, III. Neuwahl der Verwaltung, IV. Verschiedenes.

Zu Punkt I gibt der Vorsitzende Kollege Friedel einen ausführlichen Bericht über alle Vorkommnisse des Jahres 1917. Zu bemerken ist dabei, daß von den eingezogenen Kollegen sich bereits 140 zurückgemeldet haben; 9 Kollegen davon haben die Mitgliedschaft nicht fortgesetzt. In 20 tarifreuen Firmen sind gegenwärtig 208 Kollegen beschäftigt. Lehrlinge sind 124 vorhanden, davon 14 in nicht tarifreuen Firmen, 93 sind in der Lehrlingsabteilung. Gestorben und gefallen sind 55 Kollegen. Zu Punkt II, Arbeitsnachweis, berichtet Kollege Berger unter anderem: 88 Firmen hatten 170 Stellen gemeldet, davon wurden 64 besetzt; arbeitslos waren 6 Kollegen. Da eine Diskussion über die beiden Berichte nicht stattfand, so zeigte die Versammlung ihre Zufriedenstellung mit der Geschäftsführung der Verwaltung. Unter Punkt III, Neuwahl der Verwaltung, wurde der von den Vertrauensmännern

empfohlene Vorschlag, die alte Verwaltung wieder zu wählen, einstimmig angenommen. Zu Punkt IV, Verschiedenes, brachte der Vorsitzende die am 5. Februar 1918 eingegangene Bekanntmachung des Tarifamtes zur Verlesung, worüber sich eine lebhaft debattierte entspann, die dahin ausklang, sie für spätere Zeiten zur Verwendung aufzubewahren. Nachdem noch bekanntgegeben war, daß eine Lohnstatistik aufgenommen werden soll, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Graphische Technik.**

**Selbstbereitete Gefäße.**

Auch Gefäße aller Art sind jetzt nicht nur unverhältnismäßig teuer, sondern namentlich emailierte und irdene kaum noch zu haben. Besonders letztere sind wegen ihrer sehr großen Säurefestigkeit zur Aufnahme von Säure, Atze, Gummi und dergleichen hervorragend geeignet und wurden in Friedenszeiten fast ausschließlich für diese Zwecke benutzt. Angesichts der oben bezeichneten Schwierigkeiten will ich hier auf einen Notbehelf hinweisen, der hier und da schon früher zur Anwendung kam, der aber wohl kaum überall bekannt sein dürfte. Es handelt sich um das »Abschneiden« von Flaschen, um aus ihnen ein für obengenannte Zwecke geeignetes Gefäß zu machen. Um ein eigentliches »Abschneiden« handelt es sich dabei nicht, sondern das physikalische Gesetz: »Zunehmende Wärme dehnt die Körper aus, abnehmende zieht sie zusammen« wird in geeigneter Weise angewendet. Man nimmt, wenn möglich, Flaschen mit geradem Mantel, also solche, bei denen die Verjüngung (Hals) weit nach oben beginnt. Dann klebt man zwei Streifen aus starkem Papier so um den Körper der Flasche, daß zwischen beiden Streifen ein etwa 5 mm breiter Zwischenraum bleibt. Dieser Zwischenraum bestimmt die Höhe des zu schaffenden Gefäßes. Wenn die Klebung gut getrocknet ist, wird ein kräftiger Bindfaden einmal um den Zwischenraum geschlungen, sodaß zwei längere handliche Enden bleiben. Der untere Teil der Flasche wird über einen Stuhl gelegt und nun ziehen zwei Mann aus Leibeskräften die Schnur möglichst rasch hin und her, bis sich der Zwischenraum erhitzt hat. Nun wird die Flasche schnellstens in einen vorher bereit gestellten Eimer mit kaltem Wasser getaucht und in den meisten Fällen wird sie an der erhitzten Zone glatt ringsherum abplatzen, auf Grund des erwähnten physikalischen Gesetzes. Die scharfkantigen Ränder werden mit einer Feile abgestumpft und das gut brauchbare Gefäß ist fertig. Je weiter das die Flasche war, desto besser ist es natürlich, ebenso ist auf einen möglichst flachen Boden zu achten.

Ein anderes Verfahren, das zu demselben Ergebnis führt, besteht darin, daß man einen starken Bindfaden um den ausgesparten Zwischenraum schnürt, mit Spiritus tränkt und anzündet und nach dem Abbrennen und Entfernung der Schnur in kaltes Wasser eintaucht. Dieses Verfahren ist weniger mühsam, aber mit dem Spiritus muß eben auch sehr gespart werden, darum ist unter den jetzigen Verhältnissen das erste Verfahren vorzuziehen.

**Feuilleton.**

**Frauenüberschuß und Ehetragödien.**

Die »Wiener Arbeiterinnenzeitung« entnimmt dem Pariser »Journal« folgende Betrachtung:

Selbst wenn jeder männliche Franzose eine Frau nimmt, bleiben gut drei Millionen Frauen in Frankreich übrig, für die es keinen Mann gibt.

Im Mittelalter hätte man diesen Überschuß von Frauen an die Klöster abgegeben. Die Neuzeit verlangt eine andere Lösung des Problems. Heute lassen sich die Frauen nicht nur aus der Gesellschaft ausschalten, sondern es ist auch noch gar nicht ausgemacht, ob sie sich so ohne weiteres in die durch die Monogamie (Eihehe) ihnen auferlegte Jungfernschaft finden werden. Die Folgen werden grimme Ehetragödien sein, gegen die alles Dagegenwese verblasen wird.

Dem vorzubeugen, muß der Staat beizeiten einen Ausweg finden. Hat doch Paris in dem Prozeß Minangoin bereits einen Vorgesmack von dem bekommen, was zu erwarten steht, wenn der Kampf um den Mann noch heißer entbrennt. Der Adjutant Minangoin, der in siebenjähriger glücklichster Ehe mit seiner Cousine Yvonne lebte, die ihm zwei Kinder geschenkt hatte, war der Liebe zu einer Munitionsarbeiterin erlegen. Da er ein Mann schneller Entschlüsse war, so regelte er die Frage gewaltsam. Er unternahm mit Frau und Kinder eine Bootfahrt, von der er allein zurückkehrte. Aller häuslichen Sorgen ledig, konnte er am folgenden Morgen eine Reise mit der Neuvermählten seines Herzens antreten.

»Wohin«, fragt das Pariser Blatt, »soll es kommen, wenn die Ehemänner ihre Frauen und Kinder kurzerhand wie junge Katzen ersäufen gehen?«

